



# Engpässe mit System

Stellungnahme zur Fortschreibung  
der Reform der Lehrerausbildung

Die Lehrerkammer Hamburg begrüßt eine Reihe der grundsätzlichen Prinzipien in der neuen Lehrerausbildung. Dazu gehört die Einführung der gleich langen Studiengänge für alle Lehrämter, die Praxisorientierung in der Ausbildung, die Wechselmöglichkeit nach der Bachelor-Studienphase, das eigenverantwortliche und zugleich institutionalisierte Berufseignungsverfahren und die Berufseingangsphase.

Die Lehrerkammer versteht, dass die Lehrerausbildung an der Universität zehn Semester betragen soll, sechs zur Erreichung des Bachelors und vier zur Erreichung des Masters. Dabei ergeben sich aber gravierende Probleme, die die Lehrerkammer für grundlegend hält.

Es werden nicht alle Bachelor-AbsolventInnen einen Anspruch auf ein Masterstudium mit Ziel des Lehrerberufs haben. Es wird nach dem Bachelor-Abschluss offensichtlich bewusst ein Zulassungsengpass geschaffen, so dass es zum Schluss darauf hinausläuft, dass ggf. nur so viele Studierende zum Masterstudium zugelassen werden, wie man nach den statistischen Voraussagen / nach finanzpolitischen Vorgaben glaubt junge LehrerInnen zu benötigen. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es nach dem Masterstudium einen zweiten Zulassungsengpass gibt, weil Hamburg zu wenig Ausbildungsplätze für Referendare anbietet. Statt die Universitätsabsolventen sofort in die zweite Lehrerausbildungsphase zu übernehmen, werden die meisten von ihnen in längere

Warteschleifen gezwungen, wobei viele von ihnen im Rahmen von Lehraufträgen an den Schulen Aufgaben erfüllen, die an sich voll ausgebildete Lehrkräfte erfordern. Diese Maßnahme ergibt Sinn vor allem dadurch, dass

---

*Es ist zu befürchten, dass es in Zukunft Lehrer erster Klasse geben wird, die einen Masterabschluss aufweisen und billigere Lehrkräfte, die einen Bachelorabschluss vorweisen können.*

---

ein beträchtliches Sparpotential erwirtschaftet wird, ist aber aus pädagogischer Sicht zumeist nur die zweitbeste Lösung und verlängert für die zukünftigen Lehrer die Zeit, bis sie endlich als Lehrer berufstätig werden können. Die Lehrerkammer lehnt die beiden Zulassungsengpässe ausdrücklich ab.

Es ist zu befürchten, dass es in Zukunft Lehrer erster Klasse geben wird, die einen Masterabschluss aufweisen und billigere Lehrkräfte, die einen Bachelorabschluss vorweisen können. Die Lehrerkammer lehnt eine Entwicklung hin zu billigen Assistenzlehrern auch in Hamburg mit Nachdruck ab.

Die Lehrerkammer begrüßt zwar, dass für den schulischen Anteil an der praktischen Lehrerausbildung vor Ort, d.h. an den Schulen (Kernpraktika, schulpraktische Studien) gewisse Entlastungen konkret ausgewiesen werden. Die Lehrerkammer weist aber darauf hin, dass

diese Entlastungen bei weitem nicht den Arbeitsaufwand der KollegInnen auffangen werden. Die Belastung der Schulen wird hoch, die Entlastung eindeutig zu gering sein. Das gilt auch für die Berufseingangsphase. Die Entlastung für die jungen KollegInnen (Freistellung von der Vertretungsreserve) ist deutlich zu gering. Dazu müssen die Schulen diese Maßnahme selbst finanzieren und den anderen Lehrkräften entsprechend mehr Vertretung zuweisen. (...)

Jede Schule soll künftig ein eigenes Ausbildungskonzept erstellen. Nachdem die Schulen schon bisher damit belastet wurden, eigene schulinterne Schulcurricula zu entwickeln, Oberstufen neu zu entwickeln, in Zukunft die Berufsvorbereitung besser und effektiver zu planen und durchzuführen, die Stadtteilschulen und die Gymnasien neu zu planen und die Inklusion umzusetzen – um nur einige Reformbausteine zu benennen (wir reden gar nicht von den in Teilen umsonst geleisteten Arbeiten zur Vorbereitung der Primarschulen) –, kann es nicht im Interesse einer ansonsten zu begrüßenden Weiterentwicklung der Lehrerausbildung sein, dass auch diese Aufgaben mit zu geringer Ressourcenzuweisung geleistet werden. Die Lehrerausbildung vor Ort ist zu wichtig, als dass sie erneut einem Spardiktat unterworfen werden darf, von dem im übrigen nicht klar ist, ob es sich im Gefolge der Herbstklausuren zum Haushalt der Freien und Hansestadt nicht noch verschärfen wird.